



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 8 - V - 5 1 - 0 0 0 3
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VII

Satzungsänderung Jugendamt

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Änderung der Satzung für das Jugendamt:
Neuregelung zur Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss und redaktionelle Änderungen.

Anlagen:

1. derzeit gültige Satzung Jugendamt
2. Entwurf Änderungssatzung
3. Synopse Satzungsänderung

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 21.02.2018 einer Änderung zu § 3 Abs. 3 in der derzeit gültigen Satzung für das Jugendamt Wiesbaden mehrheitlich zugestimmt hat.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Der als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte Entwurf zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Wiesbaden wird als Satzung beschlossen.
 - 2.2 Der Satzungstext ist ortsüblich bekannt zu machen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss regelt die Satzung des Jugendamtes (siehe Anlage 1). In § 3, Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses, werden die Mitglieder mit Stimmrecht und die beratenden Mitglieder benannt. Bezüglich der beratenden Mitglieder ohne Stimmrecht sind in § 3 Abs. 3 abschließend alle Institutionen angeführt, die entsprechende VertreterInnen entsenden können. Hierunter zählt unter Buchstabe f) auch die Arbeitsverwaltung/ Ausbildungsagentur.

Die Liquidation der Ausbildungsagentur hebt die beratende Mitgliedschaft der entsendeten Vertreter im Jugendhilfeausschuss auf. Zur Kompensierung der verloren gegangenen Beratungskompetenz soll zukünftig die örtlich zuständige Vertretung des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft e. V. ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden.

Unabhängig von der oben genannten Änderung werden bei dieser Gelegenheit in § 3 Abs. 3 Buchstabe k) und l) redaktionelle Änderungen vorgenommen. Sie haben keine inhaltlichen Auswirkungen.

Die Änderung des § 3 Abs. 3 ist der Anlage 2, Änderungssatzung Jugendamt, und der Gegenüberstellung der aktuellen und der zukünftigen Fassung in der als Anlage 3 beigefügten Synopse zu entnehmen.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 21.02.2018 der Satzungsänderung mehrheitlich zugestimmt.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Änderungssatzung und diese Sitzungsvorlage sind mit Amt 30/ Rechtsamt abgestimmt.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 30.04.2018

5103/JHA

Lugner (3353/lu)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Manjura
Stadtrat